

Weltweit einzigartig: Israel pumpt entsalztes Wasser in natürlichen See

Anfang nächsten Jahres wird Israel das erste Land der Welt sein, das entsalztes Wasser in einen natürlichen See, nämlich den See Genezareth, leitet. Das staatliche Wasserversorgungsunternehmen Mekorot will den Bau einer 13 Kilometer langen unterirdischen Rohrleitung bis Ende dieses Jahres abschliessen. Anschliessend sollen mehrere Wochen lang Tests durchgeführt werden, bevor die Leitung gegen Ende des ersten Quartals 2023 in Betrieb genommen wird.

Die Leitung wird den See mit einer Infrastruktur verbinden, die wiederum an fünf Entsalzungsanlagen an der Mittelmeerküste angeschlossen ist. Das Wasser wird über den Bach Zalmon in der Nähe des Kibbutz Ginosar am nordwestlichen Ufer in den See Genezareth geleitet.

Der See Genezareth, eines der am tiefsten gelegenen Gewässer der Erde, ist der grösste Süsswassersee Israels und sein Notwasserspeicher. Die Idee für die 900 Millionen Schekel (ca. 246 Millionen Euro, 245 Millionen CHF) teure Leitung entstand gegen Ende mehrerer katastrophaler Dürrejahre zwischen 2013 und 2018, als sich der Pegel des Sees einem historischen Tiefstand näherte. Dank der reichlichen Niederschläge in den letzten beiden Wintern hat sich der Wasserstand vorübergehend erholt. Im April erreichte er zum ersten Mal seit 30 Jahren einen Stand, der 32 Zentimeter unter seinem maximalen Fassungsvermögen lag. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass das Projekt keine nennenswerten schädlichen Auswirkungen auf die Ökosysteme haben wird, sondern ihnen sogar helfen soll, indem es den Wasserstand stabil hält.



Der See Genezareth in Israel (Bild: Pixabay)

Oberstes Gericht erlaubt Visa-Ausnahmen für Ukrainer

Der Oberste Gerichtshof entschied am Sonntag, dass das Abkommen zwischen Israel und der Ukraine über die Befreiung von der Visumpflicht auch für ukrainische Kriegsflüchtlinge gilt und dass Ukrainer bis zu drei Monate in Israel bleiben dürfen. In seinem Urteil, das vom ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyy gelobt und von der ukrainischen Botschaft begrüsst wurde, gab der Oberste Gerichtshof der Petition trotz des Widerstands des Innenministeriums statt.

Anfang Juni befanden sich von den mehr als 21.000 Flüchtlingen, die nicht unter das Rückkehrgesetz fallen und nach Israel kamen, nur noch 14.500 im Land. Israel hat Dutzende von Ukrainern ohne Anhörung abgeschoben und damit gegen gerichtliche Anordnungen verstossen. Anfang Mai erklärte die Richterin des Bezirksgerichts Tel Aviv, Michal Agmon-Gonen, dass Innenministerin Ayelet Shaked unzulässigen Druck auf sie ausübe, um ihre Entscheidungen zu beeinflussen.

Die Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Esther Hayut, die die Petition zusammen mit den Richtern Uzi Vogelman und Isaac Amit anhörte, schrieb, dass das Innenministerium das Recht hat, Ukrainer nach Rücksprache mit dem Innen- und Umweltausschuss der Knesset von der Visumpflicht zu befreien, aber auch befugt sei, „Bürgern, für die eine Ausnahmeregelung gilt, die Einreise zu verweigern“, wie es im Gesetz heisst.



In der Ukraine herrscht immer noch Krieg – Israel kann einige Flüchtlinge zumindest temporär aufnehmen
(Bild: Pixabay)

Diskussion um höheres Mindestgehalt

Einige Vertreter des Finanzministeriums, der grossen Arbeitgeber und des Gewerkschaftsbundes Histadrut sowie verschiedene Knesset-Mitglieder fordern eine Anhebung des Mindestlohns. Eine vorgeschlagene Vereinbarung sieht vor, den Mindestlohn sofort um etwa 250 Schekel pro Monat anzuheben, so dass er Ende 2023-2024 bei etwa 6000 Schekel (1.640 Euro, 1.630 Euro) pro Monat liegen würde. Die Vereinbarung ist Teil eines grösseren Deals, der bereits vor einigen Monaten unterzeichnet wurde.

Der Histadrut-Vorsitzende (Gewerkschaft) Arnon Bar-David unterstützte die Anhebung des Mindestlohns und erklärte, die Löhne der Arbeitnehmer seien durch die Inflation geschrumpft und sie sollten eine monatliche Erhöhung des Mindestlohns um mindestens 200 Shekel (ca. 54 Euro & CHF) erhalten.

Andere Vertreter des Finanzministeriums und der grossen Arbeitgeberverbände hingegen widersprachen diesem Vorhaben vehement: Dubi Amitai, Präsident des israelischen Bauernverbandes, erklärte, er habe nicht die Absicht, auf die Änderung des zwischen den Parteien unterzeichneten Rahmens zu reagieren, der in der ersten Runde eine Lohnerhöhung von 100 Shekel (ca. 27 Euro & CHF) vorsah: „Wir haben ein Paket unterzeichnet, das in jeder Hinsicht ausgewogen ist. Bei allem Respekt (...), ist es unmöglich, alle Vereinbarungen mehrere Monate nach ihrer Unterzeichnung zu ändern“, sagte er. Der Generaldirektor des Finanzministeriums, Ram Blnikov, sprach sich ebenfalls gegen eine Anhebung des Mindestlohns aus, da er befürchtet, dass die Lohnerhöhung die Inflation weiter anheizen und letztlich den Arbeitnehmern schaden wird.



Mehr Geld im Portemonnaie von israelischen Arbeitnehmern – das fordern einige Politiker im Land (Bild: Pixabay)

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann Ciobotaru; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il; Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN.

Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 - Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon

Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach - SWIFT/BIC: LINSCH23XXX